



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 26, No.7-9/2011

**abgeschlossen am
14. Oktober 2011**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Anhebung der Verschuldungsgrenze	1
2. Obama legt Plan zur langfristigen Haushaltskonsolidierung vor	3
3. Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2012 verabschiedet	4
4. Bewilligungsausschuss im Senat friert Rüstungsausgaben ein	5
5. Arbeitsmarktinitiative Obamas stößt auf Widerstand der Republikaner	8
6. Fortgesetzter Grabenkrieg um Finanzierung des Straßenbaus	10
7. Drohende Kürzungen im Bereich der Auslandshilfe	11
8. Anhaltender Widerstand gegen Schließung von <i>Guantánamo</i>	12
9. Präsidentschaftswahlen 2012: Bewerberfeld gewinnt Konturen	14

1. Congress verabschiedet Anhebung der Verschuldungsgrenze

Repräsentantenhaus und Senat haben Anfang August 2011 die überfällige Erhöhung der gesetzlichen Obergrenze für die Verschuldung des Bundes um bis zu 2,4 Billionen USD mit deutlichen Mehrheiten verabschiedet.

Der für die Finanzierung der laufenden Bundesaussgaben unabdingbaren Anhebung der Schuldenobergrenze war ein monatelanges, hartnäckiges Tauziehen zwischen den Parteien und Institutionen vorausgegangen, weil die Republikaner gestützt auf ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus versucht hatten, über diesen Umweg einen drakonischen Sparkurs für die kommenden Jahre durchzusetzen (vgl. CR 5-6/2011, S. 1).

Nach zähen Kompromissverhandlungen, die zuletzt von Präsident Barack Obama und *House Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) persönlich geführt worden waren, verabschiedete das Repräsentantenhaus den Budget Control Act am 1. August mit 269 zu 161 Stimmen.

174 republikanische und 95 demokratische Abgeordnete befürworteten die Annahme, 66 Republikaner und 95 Demokraten lehnten sie ab.

Der Senat folgte dem Repräsentantenhaus am 2. August mit 74 zu 26 Stimmen. 46 demokratische und 28 republikanische Senatoren sprachen sich für die Annahme aus, 7 Demokraten und 19 Republikaner dagegen. Präsident Obama unterzeichnete das Gesetz noch am gleichen Tag.

Die Republikaner scheiterten mit dem Versuch, ihren drastischen langfristigen Sparkurs, der Strukturen von Social Security (der Rentenversicherung des Bundes (OASDI)) und Medicare (der Bundeskrankenversicherung für Rentner und chronisch Kranke) mit einschloss, über den Budget Control Act festzuschreiben.

Allerdings sieht der ausgehandelte Kompromiss für die kommenden Jahre Einsparungen von mindestens 2,2 Billionen USD vor. Knapp über 900 Mrd. USD sind bereits im Budget Control Act festgeschrieben.

Weitere 1,2 bis 1,5 Billionen USD Kürzungen sollen in einem vorstrukturierten Prozess für den Zeitraum bis 2021 ausgehandelt werden, der bei einem Verfehlen der Defizitmarken mit automatischen Ausgabenkürzungen in den meisten Bundesprogrammen verknüpft ist.

Ein zwölfköpfiger Ausschuss (Joint Select Committee on Reduction), der von beiden Parteien und Kammern paritätisch besetzt werden soll, ist für Aushandlung der Vorschläge und die Überwachung der Durchsetzung verantwortlich. Die 12

Ausschussmitglieder werden von den Parteiführungen von Senat und Repräsentantenhaus ernannt.

Der Ausschuss soll Vorschläge von allen für den Haushalt zuständigen Ausschüssen des Senats und Repräsentantenhauses aufgreifen und kann sie mit einfacher Mehrheit zur Debatte und Abstimmung an die beiden Kammern weiterleiten.

Werden die vorgegebenen Defizit-Ziele verfehlt, werden vom *Office of Management and Budget* des Präsidenten (OMB) die beschlossenen Ausgaben im militärischen wie im zivilen Bereich zu gleichen Teilen entsprechend reduziert.

Ausgenommen von diesen automatischen Kürzungen (*Sequester*) sind nur Sozialprogramme wie *Social Security*, *Medicaid* und – mit Einschränkungen – *Medicare* sowie Programme für Veteranen.

Nicht einbezogen werden sollen bei den Budgetvorgaben allerdings Sonderausgaben in Krisenfällen (wie militärische Konflikte und Naturkatastrophen).

Die vorgesehene Gleichbehandlung von zivilen und militärischen Ausgabenposten bei den gegebenenfalls drohenden automatischen Kürzungen stellt sicher, dass sowohl die Demokraten als auch die Republikaner einen starken Anreiz haben, einen Verhandlungskompromiss zu finden.

Wenngleich zwischen den Parteien und Institutionen mit zähen Auseinandersetzungen über die Haushaltsprioritäten zu rechnen ist, macht die langfristige Planung für die Budgetentwicklung deutlich, dass mit dem dramatisch inszenierten Verhandlungsmarathon nur der erste Schritt der Ausgabendisziplinierung nach der schweren Wirtschaftskrise von 2008/09 erfolgt ist.

Für 2011/12 sieht der *Budget Control Act* ein Einfrieren der Ausgaben vor, in den Folgejahren sind Ausgabenzuwächse von jeweils 2,2 Prozent vorgesehen. Nach den erheblichen Ausgabenerhöhungen unter den Vorzeichen der Krise wird damit ein sanfter Ansatz zur Abschwächung der Defizitentwicklung vorgezeichnet (siehe Punkt 2). Mit Blick auf die Wahlen 2012 werden die Auseinandersetzungen um weiterreichende Sparbeschlüsse und deren Umsetzung auf die Zeit nach den Wahlen vertagt. In diese Rubrik fallen auch die im Rahmen des Kompromisspakets vorgesehenen Abstimmungen über einen Verfassungszusatz in beiden Kammern des Congress bis zum Jahresende, der Budgetdefizite gänzlich untersagen würde.

Die Finanzmärkte zeigten sich zwar beruhigt, waren aber von dem Verhandlungsergebnis keineswegs beeindruckt. Die Rating-Agentur *Standard & Poor's* stufte sogar die Bonität der USA erstmals in der Geschichte herab, unter Verweis auf die unvermindert vorhandenen Risiken.

2. Obama legt Plan zur langfristigen Haushaltskonsolidierung vor

Vor dem Hintergrund der harten Auseinandersetzungen um die Anhebung der Verschuldungsgrenze des Bundes (siehe Punkt 1) und mit Blick auf die anstehenden Congress- und Präsidentschaftswahlen hat Präsident Barack Obama Mitte September 2011 einen umfassenden Plan zur langfristigen Haushaltskonsolidierung vorgelegt.

Der Plan zur Defizitreduzierung, der mit einem Gesamtvolumen von 3 Bill. USD für die nächsten 10 Jahre deutlich über die im Zuge der Anhebung der Schuldenobergrenze vereinbarten Maßnahmen hinausgeht, enthält nicht nur für die Republikaner, sondern auch für die Demokraten schwer zu schluckende politische Kröten.

Die Kernelemente des Konsolidierungsplans sind

- Steuererhöhungen für die oberen Einkommensgruppen durch ein Auslaufen der unter Präsident George W. Bush 2001 beschlossenen Steuererleichterungen sowie Streichung von Vergünstigungen, die bis 2021 insgesamt 1,5 Bill. USD einbringen sollen;
- Einsparungen von insgesamt 580 Mrd. USD in Sozialprogrammen, darunter ca. 248 Mrd. USD in *Medicare* und ca. 72 Mrd. USD in *Medicaid*;
- Einsparungen von mehr 1 Bill. USD im Bereich der Militärausgaben, wobei auch die Beendigung von Einsätzen und Truppenreduzierungen eingerechnet werden, sowie
- Einsparungen von 430 Mrd. USD im Schuldendienst durch Absenkung der Neuverschuldung.

Vor allem die starke steuerpolitische Komponente ist von Republikanern im Congress sofort scharf attackiert worden. Der Abgeordnete Paul D. Ryan (R-Wisconsin), der Wortführer der konservativen Fiskalfalken im Repräsentantenhaus, kritisierte die zusätzliche Besteuerung von höheren Einkommen als populistisches Wahlkampfmanöver, das ökonomisch kontraproduktiv sei.

Die Administration hält jedoch in Anlehnung an den Finanzmagnaten Warren Buffett (*Buffett-Rule*) daran fest, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass die obersten Einkommensgruppen einen geringeren Anteil ihres Einkommens als die mittleren Einkommensgruppen an den Staat abführen müssten.

Wenngleich einzelne Komponenten des Obama-Plans Eingang in die anstehende Spardiskussion im Congress finden dürften, hat der Gesamtplan angesichts des entschiedenen Widerstands der Republikaner keine Aussichten auf Erfolg. Das Konzept zum Defizit-Abbau ist vielmehr als inhaltlich-politische Blaupause für den anstehenden Präsidentschaftswahlkampf zu lesen. Obamas Pläne müssen dabei Kürzungen im zivilen und im militärischen Bereich wie Ausgabenkürzungen und

Steuererhöhungen gegeneinander abwägen.

Mit dem Anspruch der Ausgewogenheit, der von allen Seiten Opfer fordert und über die Parteigrenzen hinweg denkt, will sich Präsident Obama in seinen Bemühungen um Wiederwahl als Mann der Mitte profilieren und von seinem eventuellen republikanischen Gegenkandidaten absetzen.

3. Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2012 verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben am 29. September 2011, einen Tage vor Ablauf des Haushaltsjahres 2011, das rechnungstechnisch am 30. September endete, einen Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2012 verabschiedet (*House Resolution 2017*) und damit einen „government shutdown“ im letzten Moment verhindert.

Die Entscheidung war erforderlich geworden, weil der Congress zum offiziellen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2012 am 1. Oktober die dazu erforderlichen 12 Einzelbewilligungsentscheidungen noch nicht getroffen hatte. Das Repräsentantenhaus hatte im September erst über sechs der 12 erforderlichen Bewilligungsvorlagen entschieden, der Senat über keine, so dass ein dringender Handlungsbedarf bestand.

Mit den nun getroffenen Entscheidungen und vereinbarten Kompromissen zwischen Demokraten und Republikanern im Senat und im Repräsentantenhaus wird die Arbeit der Bundesbehörden zunächst bis Mitte November 2011 auf der Höhe des Vorjahres und im groben Rahmen des *Budget Deficit Control Act* fortgeschrieben.

Massive Auseinandersetzungen im Vorfeld der Verabschiedung des Überbrückungshaushalts gab es zwischen den Demokraten im Senat um *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) und den Republikanern im Repräsentantenhaus um *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) und *Majority Leader* Eric Cantor (R-Va.). Dabei ging es um ein vergleichsweise nachrangiges Detail. So drohte die Verabschiedung des Überbrückungshaushalts für die so genannten „discretionary programs“ mit einem Volumen von 1,043 Billionen USD im Haushaltsjahr 2012 am Streit über Mittel für die Katastrophenhilfe in Höhe von 3,65 Mrd. USD zu scheitern.

Die für die Katastrophenhilfe zuständige Bundesbehörde FEMA (*Federal Emergency Management Agency*) hatte eine Aufstockung ihrer Mittelreserven um diesen Betrag verlangt, was mit der Verabschiedung des Überbrückungshaushalts verknüpft werden sollte. Allerdings gab es dann sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Gegenfinanzierung der zu bewilligenden 3,65 Mrd. USD. *Majority Leader* Eric Cantor (R-Va.) im Repräsentantenhaus beharrte darauf, dass ein größerer Teil der zur Verfügung zu stellenden Mittel mit Blick auf die Defizitproblematik durch Kürzungen in einem Kreditprogramm für die Autoindustrie zur Förderung von energieeffizienteren Motoren gegenfinanziert werden sollte. Das wiederum lehnten die Demokraten im Senat ab.

Zwei Tage vor dem Beginn des neuen Haushaltsjahres 2012 am 1. Oktober 2011 konnte ein Kompromiss zwischen beiden Positionen gefunden werden. Die FEMA schraubte ihre Mittelforderungen um 1 Mrd. USD zurück und auf die Gegenfinanzierung der Restsumme durch Kürzungen des besagten Kreditprogrammes für die Autoindustrie wurde verzichtet.

Der Konflikt macht deutlich, wie polarisiert und aufgeheizt die Atmosphäre im Congress zwischen Demokraten und Republikanern derzeit ist. Die Demokratin Mary Landrieu (Louisiana) im Senat warf vor allem dem republikanischen *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, Eric Cantor (Virginia), Demagogie und Obstruktion vor. *Speaker* John Boehner stellte sich vor seinen Fraktionsvorsitzenden und ließ verlauten: „Washington Democrats attempted to grandstand and delay needed disaster relief to score political points“. Gemäßigtere Stimmen wie die Republikanerin Susan Collins (Maine) im Senat warnten angesichts der großen wirtschafts- und haushaltspolitischen Probleme des Landes vor den politischen und institutionellen Kosten einer zunehmenden parteipolitischen Polarisierung im Congress.

4. Bewilligungsausschuss im Senat friert Rüstungsausgaben ein

Im Senat hat sich der Bewilligungsausschuss im Rahmen seiner Verabschiedung der *Defense Appropriations* für das Haushaltsjahr 2012 (*House Resolution 2219*) am 15. September 2011 dafür ausgesprochen, die Rüstungsausgaben auf der Höhe des Vorjahres einzufrieren. Die Entscheidung im Ausschuss fiel einstimmig aus und reflektiert den Kürzungsdruck, der im Zuge der Verabschiedung des *Budget Control Act 2011* Anfang August (siehe Punkt 1) auch mit Blick auf den amerikanischen Verteidigungshaushalt entstanden ist.

Im *Budget Control Act 2011* haben sich Congress und Präsident auf Haushaltseinsparungen von 2,1 Billionen USD in den nächsten 10 Jahren geeinigt, von denen mindestens 900 Mio. auf den Ausgabenbereich des *discretionary spending* entfallen sollen, der auch die Verteidigungsausgaben umfasst.

Im amerikanischen Bundeshaushalt unterscheidet man zwischen so genannten *entitlement programs* und *discretionary programs*. Bei ersteren handelt es sich um Vorfestlegungen für Bundesausgaben in Bereichen wie *Social Security*, *Medicare*, *Medicaid* und Schuldentilgung. Sie machen etwa Zweidrittel des Bundeshaushalts der USA aus. Das restliche Drittel entfällt auf *discretionary programs* wie Ausgaben für Erziehung, Bildung, Straßenbau oder Verteidigung. Innerhalb dieses Haushaltsbereichs machen die Rüstungsausgaben derzeit etwa die Hälfte (53 Prozent) aus.

Der Entscheidung des Bewilligungsausschusses im Senat zur *Defense Appropriation 2011* zu Folge sollen im Haushaltsjahr 2012

- 513 Mrd. USD für die Aufgaben des Pentagon zur Verfügung gestellt werden. Das

sind 25,9 Mrd. USD weniger als von Präsident Barack Obama ursprünglich gefordert.

Zu dieser Bewilligungssumme sollen nach dem Willen des *Senate Appropriations Committee* noch 117,6 Mrd. USD für die laufenden Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak hinzukommen, so dass sich die Gesamtausgaben im Rüstungsbereich auf 630,6 Mrd. USD belaufen würden.

Die Vorlage des Bewilligungsausschusses im Senat für das Pentagon (abzüglich der Kosten für die laufenden Kriege in Afghanistan und im Irak) liegt 17,5 Mrd. USD unter dem Bewilligungsgesetzentwurf für die Verteidigung, auf das sich das Repräsentantenhaus Anfang Juli 2011 geeinigt hatte.

Die Entscheidung im Repräsentantenhaus (*House Resolution 2219; House Report 112-110*) fiel mit 336:87 Stimmen, wobei nur 12 Mitglieder der republikanische Mehrheitsfraktion, aber 75 Mitglieder der demokratischen Opposition gegen das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2012 stimmten.

Im Rahmen der Bewilligungsvorlage des Repräsentantenhauses wurden mehrere *Amendments* kontrovers diskutiert, die darauf abzielen, Teile der Afghanistan- und Pakistan-Hilfe beispielsweise zu Gunsten besserer Gesundheitsfürsorgeprogramme für heimkehrende Soldaten mit psychischen Problemen umzuwidmen. Auch wenn sich dafür schlussendlich keine Mehrheiten fanden, unterstreichen die Diskussionen doch die zunehmende Kriegsmüdigkeit beider Fraktionen des Repräsentantenhauses.

Zustimmung gab es im Repräsentantenhaus für ein *Amendment*, das die Verlegung von *Detainees* aus *Guantánamo* in die USA verbietet. Diese Entscheidung läuft wie 2009 und 2010 der Absicht Präsident Obamas, das kontroverse Gefangenenlager mit seinen derzeit etwa 170 Insassen möglichst bald zu schließen, direkt entgegen (vgl. CR 3-4/2011, S. 7ff.).

Nach dem Repräsentantenhaus muss noch das Senatsplenum über seine Bewilligungsvorlage für den Rüstungshaushalt 2012 entscheiden, bevor beide Kammern dann im Vermittlungsausschuss ihre jeweiligen Vorlagen synchronisieren.

Mit Blick auf die im Zuge der Haushaltskonsolidierung vorzunehmenden Kürzungen im Rüstungsbereich gehen die Einschätzungen auseinander. Die Obama-Administration rechnet mit Kürzungen von etwa 400 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren. Allerdings könnten die Kürzungen im Rüstungsbereich im Rahmen des *Budget Control Act 2011* auch mit 600-800 Mrd. USD bis zum Jahr 2021 zu Buche schlagen, insbesondere wenn es dem neu geschaffenen *Joint Select Committee on Reduction* nicht gelingt, sich auf automatische Ausgabenkürzungen in Höhe von 1,2 Billionen („Sequester“) zu einigen (vgl. Punkt 1 und 2).

Manche Kritiker sprechen deshalb bereits von einem Kürzungsbedarf im Rüstungsbereich von bis zu einer Billion USD bis zum Jahr 2021. Im Senat hat der

Republikaner Lindsey Graham (South Carolina), der gegen den *Budget Control Act* 2011 ist, vor Kürzungen im Rüstungsbereich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gewarnt. „The tax code does not defend America. What defends America is young men and women who are going off in harm’s way“, so der Republikaner. In eine ähnliche Richtung äußerte sich im Repräsentantenhaus der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Buck McKeon (R-California). McKeon kündigte in einem Gespräch mit *Speaker* John A. Boehner am 1. August 2011 bereits den massiven Widerstand seines Ausschusses für den Fall weitergehender Kürzungsmaßnahmen im Rüstungshaushalt an. Allerdings ist auch ihm bewusst, dass die der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden neuen Mitglieder seiner Fraktion die Haushaltskonsolidierung höher bewerten als verteidigungspolitische Überlegungen. Die *Tea Party*-Bewegung, so der Vorsitzende des *Armed Services Committee* im Repräsentantenhaus, „is not well versed in the military’s situation. Their emphasis is fiscal. This is a different time than Reagan’s time“. Gemeint ist die Präsidentschaft Ronald Reagans (1981-1989), als die Republikaner in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in der Spätphase des Ost-West-Konflikts die Rüstungsausgaben von den Initiativen zu einem ausgeglichenen amerikanischen Bundeshaushalt ausgenommen hatten.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 waren die amerikanischen Rüstungsausgaben zunächst um etwa ein Drittel verringert worden, um dann nach dem 11. September 2001 von etwa 390 Mrd. USD auf über 550 Mrd. USD im Jahr 2011 anzusteigen. Diese Ausgaben schließen die Kosten für die Kriege im Irak (ab 2003) und in Afghanistan (ab 2001) mit bisher etwa 1,2 Billionen USD nicht mit ein.

Angeichts der Haushaltszwänge steht die amerikanische Sicherheitspolitik vor schwierigen strategischen Herausforderungen. Das betrifft die bis zum Ende des Jahres, beziehungsweise möglichst bald zu beendenden Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan. Es betrifft aber darüber hinaus auch die Fähigkeit zur „two-war strategy“, denn mit einem verkleinerten Militär werden die USA zwangsläufig militärisch global weniger präsent sein können. Ob sie sich vor diesem Hintergrund stärker als regionale denn als globale Macht verstehen werden, bleibt abzuwarten.

Fachleute wie Joseph S. Nye haben darauf hingewiesen, dass mit umfanglicheren Kürzungen im amerikanischen Rüstungshaushalt keineswegs ein Rückzug der USA aus der Welt oder gar ein neuer Isolationismus verbunden sein muss. „The alternatives we face today are not an untouchable defense budget or isolationism“, so Nye. Vielmehr gehe es darum, die Außen- und Sicherheitspolitik neu auszurichten, „to fit the cloth we have“, in den Worten von Nye. Denn in einem sind sich alle Beobachter einig: Die Haushaltssituation und der *Budget Control Act* 2011 zwingen die USA zu einer deutlichen Verringerung ihrer Militärausgaben.

5. Arbeitsmarktinitiative Obamas stößt auf Widerstand der Republikaner

Die Arbeitsmarktinitiative Obamas, die der Präsident am 8. September 2011 in einer Rede vor beiden Kammern des Congress angekündigt und vier Tage später der amerikanischen Öffentlichkeit im Detail vorgestellt hat, ist auf den Widerstand der Republikaner gestoßen.

John A. Boehner (R-Ohio), der Speaker im Repräsentantenhaus, ließ in einer Rede drei Tage nach der Vorstellung von Obamas American Jobs Act verlauten, dass seine Fraktion gegen jede Form der Steuererhöhung zur Finanzierung der Arbeitsmarktinitiative des Präsidenten ist. „Taxes destroy jobs“, so Boehners politisches Mantra. Allerdings verständigte sich die republikanische Fraktionsführung im Repräsentantenhaus dann doch darauf, Obamas *Jobs Plan* einer Prüfung durch das *Congressional Budget Office* zu unterziehen, um die damit verbundenen Kosten besser abschätzen zu können.

Präsident Obama hatte am 12. September 2011 den American Jobs Act zur Belebung des Arbeitsmarktes vorgestellt, mit dem nach Angaben des Weißen Hauses Kosten in Höhe von 447 Mrd. USD verbunden sind.

Das geplante Arbeitsmarktprogramm soll durch eine höhere Besteuerung von Besserverdienern mit einem Jahreseinkommen von mehr als 250.000 USD bei verheirateten Paaren, beziehungsweise mehr als 200.000 USD bei Einzelverdienern gegenfinanziert werden. Außerdem soll das Einkommen von *Private Equity*-Managern und *Venture Capitalists* in Teilen höher versteuert werden.

Im einzelnen sieht Obamas Jobs Plan u. a. vor:

- den Arbeitnehmeranteil an der Sozialversicherung („Social Security Payroll Tax“) bis in das Jahr 2012 von 6,2 auf 3,1 Prozent zu halbieren;
- Unternehmen die sofortige, einhundertprozentige Abschreibung sämtlicher getätigter Betriebsinvestitionen bis 2012 zu gewähren;
- Unternehmen einen Steuerbonus von jeweils 4.000 USD für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen einzuräumen;
- Veteranen mit einem Steuerfreibetrag von jeweils 5.600 USD zu versehen, wenn sie sechs Monate oder länger arbeitslos waren.

Dem *Joint Select Committee on Deficit Reduction*, das im Rahmen des *Budget Control Act 2011* in den kommenden Monaten über die bereits vereinbarten Einsparungen in Höhe von 900 Mio. USD bis 2021 hinaus weitere Ausgabenkürzungen in Höhe von 1,2 Billionen USD benennen soll (vgl. Punkte 1 und 2), hat Obama vorgeschlagen, zusätzliche Kürzungsvorschläge in Höhe von 300 Mio. USD zu machen, um eine defizitneutrale Finanzierung seines Arbeitsmarktplanes zu erreichen.

Ziel der Initiative Obamas ist es, die Arbeitslosenquote in den USA bis zum Ende des Jahres 2012 um 1,25 Prozentpunkte zu senken (und etwa 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen).

Der Präsident hatte in seinem ersten Amtsjahr 2009 mit Unterstützung des damals noch mehrheitlich demokratisch besetzten Congress ein Konjunkturprogramm in Höhe von 787 Mrd. USD initiiert, ohne dass die Rezession jedoch überwunden werden konnte. Im August 2011 betrug die Arbeitslosenquote in den USA offiziell immer noch 9,1 Prozent. Rechnet man noch diejenigen Personen in die Arbeitslosenstatistik mit ein, die bereits mehr als ein Jahr nach einer neuen Beschäftigung suchen, beziehungsweise zählt diejenigen hinzu, die auf Grund der schlechten Wirtschaftslage gezwungen sind, eine Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, dann liegt die Arbeitslosenquote in den USA derzeit bei deutlich über 10 Prozent.

Obama und seine Berater wissen um den politischen Sprengstoff, den diese Zahlen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 in sich bergen. So hat Meinungsumfragen zu Folge das Vertrauen der amerikanischen Öffentlichkeit in die wirtschaftliche Problemlösungskompetenz des Präsidenten seit seinem Amtsantritt 2009 stark abgenommen.

Anfang August 2011 hatten einer New York Times/CBS News-Umfrage folgend nur noch 47 Prozent der Befragten Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz Obamas, während 33 Prozent diese bei den Republikanern im Congress sahen.

Obama suchte den politischen Druck auf die Republikaner zu erhöhen, indem er in seiner Rede vor dem Congress am 8. September 2011 wie folgt formulierte: „But know this: The next election is 14 months away. And the people who sent us here -- the people who hired us to work for them – they don't have the luxury of waiting 14 months. Some of them are living week to week, paycheck to paycheck, even day to day. They need help, and they need it now.“ Anschließend reiste er nach Richmond (Virginia), dem Wahlkreis von *Majority Leader* Eric Cantor im Repräsentantenhaus, einem seiner schärfsten Kritiker im Congress. Der blieb jedoch ungerührt und erklärte im Gegenzug: „The American people want to see results. Why don't we sit down and talk? We have had enough of this posturing“.

Wie vergiftet das politische Klima zwischen Obama und den Republikanern zwischenzeitlich ist, machte Speaker John Boehner (R-Ohio) Ende August deutlich. Der Präsident hatte darum gebeten, seine Rede vor dem Congress zu seiner Arbeitsmarktinitiative am 7. September 2011 halten zu können. Boehner verweigerte Obama diesen Wunsch aus Termingründen. Das erste und bisher einzige Mal, das ein Speaker dem amerikanischen Präsidenten den Wunsch nach Redezeit vor dem Congress verweigerte, war im Jahr 1986, als die Beziehungen zwischen den Demokraten im Repräsentantenhaus unter Führung des damaligen *Speaker* Thomas P. „Tip“ O'Neill (D-Massachusetts) und dem republikanischen Präsidenten Ronald Reagan ebenfalls politisch sehr vergiftet waren. Obama blieb nach dem Affront

Boehners nichts anderes übrig als seine geplante Rede einen Tag später, am 8. September, vor dem Congress zu halten.

Die offensichtlich scharfe parteipolitische Polarisierung und anhaltende Rezession hat in den USA zwischenzeitlich eine neue Protestbewegung mit den Namen *Occupy Wall Street* auf den Plan gerufen. Ausgehend von Boston, Chicago, New York und Los Angeles breitet sie sich mit Unterstützung des Gewerkschaftsdachverbandes *AFL-CIO* zunehmend über das ganze Land aus. Die Bewegung, die sich als liberale Alternative zur *Tea Party*-Bewegung versteht, verlangt ein „gerechteres Wirtschaftssystem“, kritisiert das amerikanische Bankensystem scharf und möchte eine stärkere Beteiligung der Besserverdienenden an den gesellschaftlichen Lasten erreichen.

6. Fortgesetzter Grabenkrieg um Finanzierung des Straßenbaus

Republikaner und Demokraten in Repräsentantenhaus und Senat haben im Sommer 2011 das mehrjährige zähe Ringen um die Novellierung des Grundlagengesetzes für den Fernstraßenbau (*Highway and Surface Transportation*) ergebnislos fortgesetzt.

Die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung des gemeinsam von Bund und Einzelstaaten getragenen *Highway Trust Fund*, der zuvor jeweils für sechs Jahre erneuert worden war, ist bereits 2009 ausgelaufen.

Seither hat sich der Congress nur zu einer Reihe kurzzeitiger Fortschreibungen durchringen können, die keine umfassende langfristige Planung des Straßenbaus zulassen.

Das Haupthindernis für die Novellierung des Gesetzes sind allerdings nicht einzelne Projekte oder die genaue Höhe des Bundesbeitrages zu dem Gemeinschaftsprogramm. Der Grabenkrieg um das grundsätzlich von beiden Parteien unterstützte Engagement des Bundes wird vielmehr durch Fragen der Gegenfinanzierung der Ausgaben unter den Vorzeichen der Verschuldungsdebatte bedingt.

Anfang Oktober 2011 musste der zuständige Senatsausschuss, der unter der Ägide der Demokraten eine zweijährige Verlängerung bei gleich bleibendem Mittelansatz (plus Inflationsausgleich) anstrebt, auf die Zustimmung der republikanischen Parteiführung warten, um die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage beginnen zu können.

Die republikanische Führung des Repräsentantenhauses hatte bereits Ende September signalisiert, dass sie eine längerfristige Fortschreibung auf dem aktuellen Finanzierungsniveau akzeptiert, allerdings maximal für einen Zeitraum von sechs Jahren.

Vor dem Hintergrund der schleppenden Wirtschaftserholung und des von allen Seiten anerkannten Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen scheint die fortgesetzte

Verschleppung einer Vorlage, über die sich Demokraten und Republikaner in weiten Teilen einig sind, kaum nachvollziehbar.

Die Kontroverse macht deutlich, wie nachhaltig der normale Gesetzgebungsbetrieb gegenwärtig durch den zwischenparteilichen Machtkampf und die Auseinandersetzung um die Ausgabenpolitik in Mitleidenschaft gezogen ist.

Während eine kürzer befristete Verlängerung der Mittelbewilligung im Bedarfsfalle als sicher gilt, ist die Verabschiedung eines längerfristigen Straßenbaugesetzes noch in der laufenden Legislaturperiode mehr als fraglich.

7. Drohende Kürzungen im Bereich der Auslandshilfe

Sowohl im republikanisch beherrschten Repräsentantenhaus als auch im demokratisch kontrollierten Senat zeichnet sich angesichts des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung (vgl. Punkt 1 und 2) eine deutliche Kürzung der Mittel für die Auslandshilfe im Haushaltsjahr 2012 ab.

Im Repräsentantenhaus hat sich der zuständige Bewilligungsunterausschuss im Juli 2011 für eine Kürzung des Etatpostens „State-Foreign Operations“ um etwa 12 Mrd. USD gegenüber der Mittelanforderung der Obama-Administration ausgesprochen. Im Senat, wo der Bewilligungsausschuss im September über den Auslandshilfeetat abgestimmt hat, sind die Kürzungsvorstellungen weniger umfänglich und liegen mit 50,1 Mrd. USD nur 6,4 Mrd. unter der von Präsident Obama anvisierten Mittelzuweisung für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 56,5 Mrd. USD.

Konflikte zwischen Republikanern im Repräsentantenhaus und den Demokraten im Senat bei der Bewilligung des Etatpostens für *State-Foreign Operations* sind besonders im Bereich des Programmes *Food for Peace* angelegt. Es wurde vom Congress 1954 ins Leben gerufen und hat mittlerweile einen Umfang von etwa 2,2 Mrd. USD pro Jahr. Im Angesicht der Hungerkatastrophe am Horn von Afrika (Somalia, Kenia, Äthiopien) kommt ihm eine besondere humanitäre Bedeutung zu, die jedoch von den Republikanern und Demokraten grundsätzlich unterschiedlich eingeschätzt wird.

Die Demokraten im Senat wollen dieses Programm von größeren Kürzungen ausnehmen und verweisen auf die große politisch-symbolische Bedeutung, die mit *Food for Peace* verbunden ist. „What does the United States stand for“, fragte in diesem Zusammenhang Senator Patrick Leahy (Vermont) und fügte hinzu: „If we are going to be blessed the way that we are in this country, we have a certain moral obligation to help others“. Für Leahy stellt *Food for Peace* einen wesentlichen Bestandteil einer klugen Außenpolitik im 21. Jahrhundert dar, so wie sie sich die Obama-Administration auf die Fahnen geschrieben hat. „In the long run“, so der Senator, „investing in humanitarian aid to defuse civil wars and reduce the number of countries that breed terrorism is a lot cheaper and more effective than going to war

everywhere around the world”.

Ganz anders sehen das viele Mitglieder der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus. Für sie kann eine Reformulierung der nationalen Prioritäten angesichts der sehr schwierigen wirtschafts- und haushaltspolitischen Lage in den USA vor *Food for Peace* nicht halt machen. „Unless a member of Congress can go back home and explain to a Rotary Club why we are providing a billion dollar worth of PL 480 (Food Aid, die Redaktion)“, so der Republikaner Jack Kingston (Georgia), Vorsitzender des *Appropriations Agriculture Subcommittee* im Repräsentantenhaus, “you are not going to be able to protect that funding”.

Während Kingston *Food for Peace* für unpopulär hält, haben amerikanische *Agrobusiness*-Konzerne wie *Cargil* oder *Archer-Daniels-Midland* eine ganz andere Perspektive. Sie schätzen, dass mit jeder Milliarde an Nahrungsmittellieferungen in das Ausland etwa drei Milliarden an ökonomischen Aktivitäten in den USA generiert werden. Gleichwohl scheinen vor allem die der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Mitglieder der republikanischen Fraktion auf Kürzungen bei *Food for Peace* zu drängen.

8. Anhaltender Widerstand gegen Schließung von *Guantánamo*

In der Debatte um den Umgang mit den noch etwa 170 inhaftierten *Detainees* in *Guantánamo Bay* (vgl. CR 3-4/2011, S. 7 ff.) hat der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, der Republikaner Howard P. McKeon (Califonia), seinen Widerstand gegen eine Schließung des Gefangenenlagers unterstrichen.

McKeon erklärte Anfang Oktober 2011 einen Zusatz zur *Defense Authorization Bill* 2012 des Repräsentantenhauses für nicht verhandelbar, der die Überstellung von *Guantánamo*-Gefangenen, beziehungsweise „des Terrorismus Verdächtigen“ in die Vereinigten Staaten verbietet.

Mit der sogenannten *Defense Authorization* (Verteidigungsgenehmigung) entscheiden Repräsentantenhaus und Senat jährlich zunächst getrennt und dann im Wege der Synchronisation im Vermittlungsausschuss der Sache nach über die Verteidigungspolitik der USA. Im Rahmen der *Defense Appropriation* wird dann ebenfalls jährlich über die Bewilligungshöhe entschieden.

In Richtung des Senats, der noch nicht über seine *Defense Authorization* 2012 entschieden hat, erklärte McKeon, dass die Genehmigungsvorlage seines Ausschusses mit dem „*Detainee*-Zusatz“ mit 60:1 Stimmen verabschiedet wurde, was deutlich mache, wie entschieden die Republikaner hinter der Vorlage stünden. Im Übrigen deutete der Republikaner an, dass er die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss lieber scheitern lassen wolle, als die Position seines Ausschusses und der Fraktion in dieser Sache aufzugeben.

Nach dem Willen des Repräsentantenhauses sollen alle *Detainees* vor eine der kontroversen Militärkommissionen gestellt werden. Darüber hinaus soll jede Verlegung von *Detainees* in die USA – Voraussetzung für eine Schließung Guantánamos – auch im Haushaltsjahr 2012, das am 30. September 2012 endet, untersagt bleiben.

Der Streitkräfteausschuss des von den Demokraten kontrollierten Senats hat sich in seinen Beratungen über die *Defense Authorization 2012* dem Vernehmen nach auf zwei Zusätze verständigt, welche die Obama-Administration dazu verpflichten würde, sämtliche *Detainees* weiterhin der Bewachung durch das Pentagon und nicht etwa durch die Bundespolizei zu unterstellen. Außerdem soll die Verlegung von *Detainees* „aus anderen Ländern“ in die USA untersagt bleiben. Allerdings würde Präsident Obama das Recht eingeräumt, diese Einschränkungen per Ausnahmeentscheidung auszusetzen.

Zwischenzeitlich hat der Majority Leader im Senat, Harry Reid (D-Nevada), in diesem Zusammenhang in einem Brief an die Spitzen des Streitkräfteausschusses seiner Kammer erklärt, dass er die *Defense Authorization 2012* im Senatsplenum nicht zur Lesung und Abstimmung zu bringen gedenkt, solange die einschränkenden *Amendments* bestehen bleiben. Reids Begründung ist klar: Die Zusätze würden vom Weißen Haus abgelehnt und außerdem die nationale Sicherheit gefährden. „I strongly believe that we must maintain the capability and flexibility to effectively apply the full range of tools at our disposal to combat terrorism“, so der Mehrheitsführer im Senat, der hinzufügte: “This includes the use of our criminal justice system, which has accumulated an impressive record of success in bringing terrorists to justice”.

John McCain (Arizona), der Ranking Republican im Streitkräfteausschuss des Senats, hat zu Reids Brief öffentlich noch nicht Stellung bezogen, während der Ausschussvorsitzende Carl Levin (D-Michigan), unterstrich, dass die Zusätze so formuliert seien, dass die Administration genügend Spielraum eingeräumt bekomme. „We worked hard to address legitimate concerns“, führte der Levin aus und fuhr fort: „We should not be intruding on executive branch authority here“. Allerdings unterstrich Levin an die Adresse Reids auch: “We also have to address some individuals who want military detention”.

Vor dem Hintergrund dieser komplizierten Gemengelage im Congress scheint es sehr unwahrscheinlich, dass Präsident Obama seinem kurz nach seiner Amtsübernahme 2009 erklärten Ziel der Schließung Guantánamos vor den Präsidentschaftswahlen 2012 noch näher kommt.

8. Präsidentschaftswahlen 2012: Bewerberfeld gewinnt Konturen

Das Feld der Bewerber für die Vorwahlen der Parteien zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten im kommenden Jahr hat Ende des Sommers 2011 deutliche Konturen gewonnen.

Auf der Seite der Demokraten hat Präsident Barack Obama ungeachtet der überaus schwierigen politischen Lage seine Position als Parteiführer und Kandidat unangefochten behauptet.

Eine Herausforderung durch einen Konkurrenten vom linken oder rechten Flügel seiner Partei hat sich zu keinem Zeitpunkt auch nur in Ansätzen abgezeichnet; selbst reine Protestkandidaturen ohne ernsthafte Erfolgsaussichten sind gänzlich ausgeblieben.

Die bemerkenswert starke Position Obamas ist auf seine Verankerung in der Mitte der Partei, auf die - aus der Sicht der liberalen Demokraten - gesetzgeberischen Erfolge wie die Gesundheitsreform und seinen Nimbus als erster schwarzer Präsident zurückzuführen.

Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme der USA auf dem Immobilien-, dem Finanz- und insbesondere dem Arbeitsmarkt (vgl. Punkt 7) und die hieraus resultierende Unzufriedenheit weiter Teile der Wählerschaft lassen die Chancen für jeden demokratischen Kandidaten 2012 als bestenfalls gering erscheinen.

Auf der Seite der Republikaner hat demgegenüber die Schwäche Barack Obamas und der Demokraten erwartungsgemäß zu einer Welle von Bewerbungen um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat im kommenden Jahr geführt.

Neben einer Reihe bekannter Gesichter (Mitt Romney, Newt Gingrich, Ron Paul) haben auch eine große Zahl von Newcomern auf der nationalen Bühne (Michele Bachmann, Rick Perry, Herman Cain, Rick Santorum, John Huntsman, Gary Johnson) ihre Ansprüche angemeldet.

Zu den aus den Vorjahren vertrauten Gesichtern gehört vor allem Mitt Romney, erfolgreicher Unternehmer und früherer Gouverneur von Massachusetts (2003-2007), der 2008 Senator John McCain (Ariz.) im republikanischen Präsidentschaftsvorwahlkampf unterlegen war.

Der aus dem Bundesstaat Michigan stammende 64-jährige Romney ist Mormone und dem gemäßigt konservativen Flügel der Partei zuzurechnen. Er wird weithin als Repräsentant des Parteiestablishments und der hinter diesem stehenden Wirtschaftsinteressen eingeschätzt.

Kaum weniger bekannt ist der frühere Speaker Newt Gingrich (1995-1999), der sich als Mitautor des *Contract with America (Republican Revolution)* und einem fulminanten Wahlsieg in den Wahlen zum Congress 1994 gegen die „permanente

demokratische Mehrheit“ im Repräsentantenhaus einen Namen als Chef-Ideologe wie Polit-Strategie machte.

Der 68-jährige Gingrich, aus dem Bundesstaat Pennsylvania stammend, war zunächst Mitglied protestantischer Kirchen (*Lutherans, Southern Baptists*), konvertierte aber 2009 aus persönlich-familiären Gründen zum Katholizismus.

Als Abgeordneter im Repräsentantenhaus vertrat der vormalige Geschichts-Professor seit 1979 bis zu seinem Rücktritt 1998 einen Wahlkreis in Georgia (6th District) und profilierte sich als Verfechter eines harten populistisch orientierten Konservatismus südstaatlicher Prägung, den er mit futuristisch-technologischen Versatzstücken verband.

Eine Bewerbung um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat 2008 zog er frühzeitig zurück, seine Kandidatur 2012 betreibt er mit dauerhafterem Engagement, auch wenn die Organisation seiner Kampagne von einer Reihe strategischer Pannen geplagt wird.

Eine Dauerpräsenz auf nationaler Ebene hat auch der texanische Abgeordnete Ron Paul, der sich bereits 1998 (*Libertarian Party*) und 2008 (republikanische Vorwahlen) um die Präsidentschaft bemüht und mit seinen zumeist sehr kurzen politischen Büchern eine ansehnliche Gefolgschaft aufgebaut hat.

Der 76-jährige, noch immer zugelassene Arzt, wie Gingrich aus Pennsylvania und Baptist, gehörte mit längeren Unterbrechungen seit 1976 dem Repräsentantenhaus an. Sein Sohn, Rand Paul, ist seit 2010 als Senator Kentuckys Mitglied des Congress.

Paul ist ein innerhalb der Republikanischen Partei hoch angesehener Repräsentant des libertären, minimalstaatlichen Konservatismus. Er gilt auch als einer der wichtigsten Gedankengeber der *Tea Party*-Bewegung, wenngleich seine anti-interventionische Außenpolitik unter Parteifreunden regelmäßig heftiges Stirnrunzeln auslöst.

Ein relativ neues Gesicht auf nationaler Bühne ist dagegen die Abgeordnete Michele Bachmann, der als wortgewaltiger Verfechterin des *Tea Party*-Bewegung innerhalb der Republikanischen Partei ein schneller politischer Aufstieg gelungen ist, auch wenn ihre unkontrollierte Rhetorik gelegentlich Korrekturen und Entschuldigungen erforderlich macht.

Die 55-jährige frühere Anwältin und Steuerfachfrau, geboren in Iowa und Angehörige lutheranisch-evangelischer und evangelikaler Gemeinden, ist seit 2007 Vertreterin eines Wahlkreises in Minnesota im Repräsentantenhaus (6th District).

Als Mitbegründerin des *Tea Party Caucus*, einer informellen Gruppierung republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus, und scharfe Kritikerin Präsident Barack Obamas ist sie dem wertkonservativen, christlich-traditionalistischen Flügel der Partei zuzurechnen.

Einen noch schnelleren Aufstieg auf der Bundesbühne als Bachmann hat der texanische Gouverneur Rick Perry gemacht, der vergleichsweise spät in den Vorwahlkampf eingestiegen ist, aber sofort an die Spitze des Felds vorstieß.

Der 61-jährige Perry, gebürtiger Texaner und Methodist, ist der dienstälteste Gouverneur des Bundesstaats und war zuvor Luftwaffenoffizier, Farmer und Handelsvertreter. Perry hatte seine politische Karriere als demokratischer Abgeordneter im texanischen Landtag begonnen, wechselte aber 1989 zur Republikanischen Partei.

Als gewählter *Lieutenant Governor* wurde er 2000 nach der Wahl George W. Bushs zum Präsidenten dessen Nachfolger als Gouverneur. Rick Perry vertritt heute einen harten, wirtschaftsorientierten Konservatismus ohne soziale Schnörkel, der auf den Erfahrungen seines von Rohstoffreichtum begünstigten Heimatstaats beruht.

Ein echter Shooting-Star ist der erfolgreiche Spitzenmanager und konservative Publizist und Kommentator Herman Cain. Sein enormer Zuspruch an der Parteibasis als schwarzer Kandidat ohne Erfahrung in politischen Ämtern und organisatorischem Rückhalt in der Partei machen ihn zu dem vielleicht überraschendsten Kandidaten der Vorwahlsaison.

Der 65-jährige Cain, Baptist aus dem Bundesstaat Tennessee, hatte bereits 2000 eine Bewerbung um die republikanische Nominierung erwogen, sich aber mangels Erfolg schnell aus dem Vorwahlkampf zurückgezogen. Seine Kandidatur 2004 für einen der Senatssitze Georgias scheiterte in der Vorwahlkampfphase.

Cain präsentiert sich primär als genuiner Wirtschafts- und Fiskalkonservativer wie als Anti-Politiker. Sein zentrales Wahlkampfthema ist eine radikale Steuervereinfachung und ein Abbau der Bundesverschuldung, die helfen sollen, die anhaltende Krise zu überwinden.

Nicht ganz unbekannt auf nationaler Ebene ist demgegenüber Rick Santorum, der frühere Senator Pennsylvanias (1994-2006), der sich als aggressiver Kämpfer für seine Partei einen Namen in den Auseinandersetzungen mit den Demokraten unter Präsident Bill Clinton gemacht hat.

Der 53-jährige Jurist, ein Katholik aus dem Bundesstaat Virginia, hat seine Karriere nach dem Abschluss seiner Universitätsausbildung in der Politik und der republikanischen Partei gemacht und sich erst nach seiner Abwahl als Senator einer renommierten Anwaltskanzlei angeschlossen.

Wie Bachmann ist er ein religiös-traditionalistischer Konservativer, der sich aber auch stark in der Haushaltspolitik engagiert und (mit der Unterstützung Präsident George W. Bushs) in der Außenpolitik profiliert hat.

Ein erfahrener Politiker mit ausgezeichnetem Ruf (aber echter Neuling auf der Bundesbühne) ist Jon M. Huntsman, Jr., ein entfernter Cousin Mitt Romneys. Der 51-jährige Huntsman, gebürtiger Kalifornier und Mormone, hat als Sohn aus reichem Haus wie Romney eine Bilderbuch-Karriere in Wirtschaft und Bundesbürokratie vorzuweisen. Sein größter Erfolg war jedoch bisher seine Tätigkeit als Gouverneur Utahs (2005-2009), der unter seiner Ägide als der best geführte Bundesstaat galt. Präsident Barack Obama ernannte ihn 2009 zum US Botschafter in China. Dieses Amt übte er bis 2011 aus.

Jon Huntsman ist wie Romney ein gemäßigter Konservativer ohne scharfe Kanten, der sich seine Meriten in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik verdient hat. In sozialmoralischen Fragen wie in der Einwanderungspolitik, Herzensthemen der republikanischen Parteibasis, hat er sich bisher nicht profiliert.

Nur der Vollständigkeit halber erwähnt sei schließlich Gary Johnson, Gouverneur New Mexicos von 1994 bis 2002, ebenfalls ein Neuling in der Bundespolitik.

Der 58-jährige Johnson, Lutheraner aus dem Bundesstaat North Dakota, hat sich nach dem Aufbau eines erfolgreichen Unternehmens einen Namen als hoch populärer Gouverneur New Mexicos gemacht.

Wie Ron Paul gehört Johnson zu den libertär-minimalstaatlichen Konservativen. Bei Bekanntgabe seiner Kandidatur hatte Johnson noch gehofft, Paul würde sich nicht erneut um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat bewerben.

Kaum weniger wichtig als die Bekanntgabe von Bewerbungen sind in der laufenden Vorwahlsaison jedoch die Verzichtserklärungen von prominenter Seite. Anfang Oktober haben sowohl Sarah Palin wie auch Chris Christie offiziell verlautbart, dass sie sich beide nicht um die republikanische Nominierung 2012 bemühen wollen.

Sarah Palin, die frühere Gouverneurin von Alaska und 2008 von Senator John McCain (R-Arizona) überraschend als Vizepräsidentschaftskandidatin ausgewählt, hat mit ihrer zuspitzenden Rhetorik und den einfach formulierten Botschaften zwar auch in der eigenen Partei viel Gunst verloren, aber eben auch eine treue Anhängerschaft aufgebaut, die ihr bei einer Bewerbung enorme Durchschlagskraft in den Vorwahlen hätte geben können.

Chris Christie, populärer Gouverneur von New Jersey, der mit seinen differenzierten politischen Botschaften einen Kontrapunkt zu Palin setzt, galt vielen Konservativen als ebenso viel versprechende Alternative zu Romney, Perry, Bachmann und den anderen Bewerbern.

Die spürbare Enttäuschung über den Nichtantritt von Palin und Christie wirft ein Schlaglicht auf die Schwächen des gegenwärtigen Bewerberfelds und deren noch zu leistende politische Arbeit bis zu den Präsidentschaftswahlen.

Während sich die Republikaner vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftsprobleme und schlechten Wachstumsaussichten sicher sind, dass sie Präsident Obama 2012 relativ leicht schlagen können, bleibt das Dilemma die Auswahl eines Kandidaten der gleichzeitig die politische Mitte und die konservative Parteibasis anspricht.

Mitt Romney erscheint im Vergleich mit dem Rest des Bewerberfeldes mit Blick auf die Wählbarkeit der herausragende Kandidat. Seine unbestrittene politisch-administrative Erfahrung und Sachkompetenz sowie sein nach vierjähriger Praxis mittlerweile versierter Wahlkampfauftritt lassen das erkennen.

Für das parteiinterne Publikum lässt Romney jedoch als Repräsentant des Parteiapparats und der großen Wirtschaftsunternehmen jedes Charisma und jeden Appeal vermissen. Die in Massachusetts unter seiner Führung durchgesetzte Gesundheitsreform, die für die Obama-Administration das Modell für ihre große Reform lieferte, ebenso wie seine frühere Befürwortung des Rechts auf Abtreibung, machen ihn ungeachtet seiner aktuellen Positionen zudem unter Konservativen ideologisch höchst suspekt.

Michele Bachmanns anfänglich hohe Zustimmung resultierte weitgehend aus Romneys kühl-zentristischem Auftritt. Ihre Beschwörung alter Werte und der Verfassung bedienen treffsicher das Bedürfnis der Parteiseele nach konservativer Rückversicherung in Krisenzeiten.

Die vielen rhetorischen Missgriffe und sachlichen Fehler waren dabei kein Nachteil, sondern machten deutlich, dass hier kein Polit-Profi die Herzensthemen der Basis schlicht für seine Zwecke vereinnahmt.

Doch während Bachmann wie Sarah Palin aufgrund der eklatanten Erfahrungs- und Kompetenzdefizite als kaum wählbar gelten, könnte aus der Sicht der Partei Gouverneur Rick Perry genau diese Hürde mit Elan nehmen.

Perry gilt als versierter und disziplinierter Wahlkämpfer. Außerdem verfügt er zweifellos über ein ausreichendes Organisations- und Finanzierungspotential. Der Parteibasis hat er bereits Kante gezeigt, beispielsweise in dem er die populäre Bundesrentenversicherung OASDI als nicht mit der Verfassung zu vereinbarendes Betrugsmanöver charakterisierte. Dies katapultierte ihn unmittelbar nach Bekanntgabe seiner Bewerbung in die Führungsposition in den Umfragen, vor allem auf Kosten Michele Bachmanns.

Perrys Erfolgsstory hat auch ihre Schattenseiten für die republikanische Klientel. Zum einen ist seine wirtschaftsfreundliche Immigrationspolitik ein rotes Tuch für die Parteibasis, die den Bau eines lückenlosen Grenzzaunes mit militärischer Absicherung als einzige Lösung des Problems sieht.

Zum anderen haben Perrys Erfolge in Texas ihn in den direkten Konflikt mit dem Bush-Klan geführt, der innerhalb des Parteiestablishments wie unter Vertretern der Großindustrie unverändert über starken Einfluss verfügt. Karl Rove, Präsident George W. Bushs politischer Chefberater, hat die publizistische Kampagne gegen Perry bereits eröffnet und seine Wählbarkeit in Frage gestellt.

Überraschungssiege wie der Herman Cains in einer Test-Befragung auf einer Konferenz republikanischer Parteianhänger in Florida (*straw poll*), der mit über 30 Prozent sowohl Perry als auch Romney auf die Plätze verwies, reflektieren die anhaltende Unübersichtlichkeit im Lager der republikanischen Präsidentschaftsbewerber. Dafür spricht auch Ron Pauls starke Position in Internet-Umfragen, die von libertär-konservativen Männern der verschiedensten Altersgruppen dominiert werden.

Für die republikanische Vorwahl zu Anfang 2012 zeichnet sich derzeit gleichwohl ein Zweikampf zwischen Mitt Romney und Rick Perry ab, der jedoch an den ideologischen Flanken offen ist. Während Bachmann, Paul und auch Cain als kaum wählbar erscheinen, Gingrich, Johnson und Santorum bestenfalls Zählkandidaten mit Aspirationen auf Regierungsposten oder kommende Wahlgänge sind, könnte der gegenwärtig aussichtslose Johnson von der nicht auszuschließenden Implosion der Kampagne eines der führenden Bewerber profitieren.

Für Präsident Barack Obama bleibt die Hoffnung, dass die Republikaner in dem zu erwartenden harten internen Schlagabtausch wechselseitig ihre verwundbaren politischen Stellen offen legen.

Sobald in den Augen der Öffentlichkeit der republikanische Präsidentschaftskandidat konkrete Gestalt annimmt, muss sich Obama nicht mehr mit einem imaginären Wunschpolitiker auseinandersetzen, gegen den er mangels ausbleibender wirtschaftlicher Erfolge nur verlieren kann.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>